

# Kampf gegen Sozialabbau

## Beratungsstellen fordern die Stadt auf, ihre Pläne für die Kürzungen zurückzunehmen

Von Gregor Haschnik

**W**ir sind keine Bittsteller. Wir bieten etwas.“ Deshalb „gehen wir auf die Barrikaden“, sagt Hubert Reuter, Vorsitzender des Trägerverses der Selbsthilfekontaktstelle (Sekos) Hanau. Als Kreistagsabgeordneter der SPD kenne er die finanziellen Zwänge der Kommunen, nachvollziehen könne er die angekündigte Kürzung trotzdem nicht. Mit dem gesparten Geld könne die Stadt Hanau ihren Haushalt nicht ansatzweise sanieren, für die Einrichtungen seien die einzelnen Summen aber überlebenswichtig.

Die Stadt will ihre freiwilligen Leistungen und damit auch die Zahlungen an Beratungsstellen pauschal um 20 Prozent kürzen. Jetzt haben sich sieben Einrichtungen zusammengeschlossen, um dagegen zu protestieren: Sekos, Aids-Hilfe, Hanauer Hilfe (Beratungsstelle für Opfer und

Zeugen von Straftaten), Frauen helfen Frauen, Stiftung Lichtblick (Abteilung Familienbildung und Beratung), Pro Familia und Lawine (Beratungs- und Präventionsstelle gegen sexuelle Gewalt). Sie fordern, die geplanten Kürzungen zurückzunehmen. Gleichzeitig wollen sie bei einem Gipfel mit der Stadtspitze beraten, wie ein Sozialabbau verhindert werden kann.

### Hilfsbedürftige bekämen weniger Beratung und hätten längere Wartezeiten

Die Einschnitte gab OB Claus Kaminsky (SPD) im März bekannt, als er seinen Entwurf für den Haushalt 2014/2015 vorstellte. Viele weitere Einsparungen sind geplant, so sollen bis 2024 rund 200 Stellen in der Verwaltung und den städtischen Betrieben wegfallen. Dadurch will Kamin-

sky das Defizit von etwa 31,2 Millionen Euro in 2013 auf 4,3 Millionen Euro in 2015 reduzieren. Wegen der Vorgaben zum Rettungsschirm des Landes muss die Stadt bis 2017 schuldenfrei sein.

„Addiert man die Kürzungen bei den Einrichtungen, die sich zusammengetan haben, spart die Stadt pro Jahr nur 30 000 Euro“, sagt Reuter. Die Beratungsstellen hingegen müssten um ihre Existenz fürchten.

„Die Nachfrage nach unseren Angeboten steigt“, sagt Constanze Sartori von Pro Familia. „Wegen der Kürzungen müssen wir unsere Beratung deutlich reduzieren und unsere Klienten müssen längere Wartezeiten in Kauf nehmen.“ Schon heute müssten die Einrichtungen zu viel Zeit für Spendenakquise aufbringen. Auch für Fortbildung werde es künftig weniger Zeit und Geld geben. All das führe zu einem Qualitätsverlust bei der Beratung, sagt

Sartori. Womöglich könnten einige Hilfen nicht mehr kostenfrei angeboten werden. „Doch viele der Menschen, die in unsere Beratungsstellen kommen, sind arm“, so Sartori.

### Das Beraternetzwerk fordert einen Sozialgipfel mit der Stadtspitze

Wie sich die Kürzungen in Zahlen auswirken, lässt sich am Beispiel der Aidshilfe zeigen. Nach Angaben des Vorsitzenden Burkhard Huwe leistet die Aidshilfe für die Stadt pro Jahr 600 Stunden „Face-to-Face-Beratung“. Sie kümmert sich um neu Erkrankte, deren Angehörige und macht Prävention, etwa an Schulen. Dafür bekommt sie aus dem Hanauer Etat 12 000 Euro. „20 Prozent weniger Mittel von der Stadt würden 120 Stunden weniger Beratung bedeuten“, sagt Huwe. Der Jah-

resetat der Aidshilfe liege bei etwa 55 000 Euro. Sie finanziere sich zu 50 Prozent aus Spenden, der Rest komme unter anderem vom Main-Kinzig-Kreis.

Die Beratungsstellen kritisieren, dass 2013 in den Gesprächen mit Mitarbeitern von Sozialdezernent Axel Weiss-Thiel (SPD) lediglich von Kürzungen um fünf Prozent die Rede gewesen sei. Jetzt sei sogar von „mindestens 20 Prozent“ gesprochen worden. Zudem fürchtet das Netzwerk, dass die Verträge mit der Stadt künftig nicht mehr für fünf, sondern höchstens für drei Jahre gelten. Von den sieben Beratungsstellen müssen alle außer der Stiftung Lichtblick noch in diesem Jahr neu verhandeln.

Doch an welchen Stellen soll die Stadt sonst sparen? Für Sekos-Geschäftsführerin Rosemarie Reuter steht fest, dass die Stadt „zu viel in Infrastruktur investiert“ und zu wenig in Menschen.